

Thuner Tagblatt

Tagblatt für die Stadt und das Amt Thun und das Berner Oberland
Abonnementspreise: Vierteljahr Fr. 14.-, bei Vorauszahlung
Halbjahr Fr. 26.-, Jahr Fr. 47.-, Einzelnr. 30 Rp. Postcheck 30-1081

Oberländer Tagblatt

Annoncen-Regie: Selbstverwaltung durch Druck- und Verlagsanstalt
Adolf Schaer Thun, Inhaber: Blaser, Schaer & Cie, Bahnhofstrasse 6
Telefon: Redaktion, Administration und Inserate 033 / 3 30 31

Gesamtverteidigung durchberaten – Beiträge an das Rote Kreuz – Letzte Vorbereitungen für das Eidg. Schützenfest im Gang – Dorf baut Sportplatz

Ein anstrengender Besuchstag für den Papst in Genf

Papst Paul VI. hat am Dienstag in Genf einen dreifachen Besuch gemacht: In erster Linie besuchte er das Internationale Arbeitsamt, dann nahm er Kontakt mit schweizerischen Behörden und Geistlichen auf und schliesslich machte er einen kurzen Abstecher zum Sitz des Weltkirchenrates. Den Abschluss bildete eine Messe in einem Genfer Park.

Einen Meilenstein in der Geschichte der Stadt Genf stellte die Anwesenheit Papst Pauls VI. vom Dienstag anlässlich der 50-Jahr-Feier des Internationalen Arbeitsamtes (BIT) dar, der ihm Gelegenheit bot, auch dem Sitz des Ökumenischen Rates der Kirchen einen Besuch abzustatten.

Im UNO-Gebäude, dem ersten Ziel des Papstes nach seiner Landung um 9 Uhr morgens in Genf-Cointrin, wo er unter anderen von Bundespräsident von Moos begrüsst worden war, waren 1500 Arbeitgeber, Arbeitnehmer- und Regierungsvertreter aus hundert Ländern versammelt. Der Generalsekretär des BIT, David A. Morse, eröffnete die Jubiläumssitzung. In seiner dreiviertelstündigen Rede setzte sich Paul VI.

namentlich für eine «organische Mitbeteiligung aller Arbeiter nicht nur an den Früchten der Arbeit, sondern auch an der wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung»

ein. Ein kurzer Abstecher zum Internationalen Arbeitsamt bot dessen Generaldirektor Morse Gelegenheit, dem Papst die Funktionäre des BIT und ihre Angehörigen vorzustellen.

Wieder waren die Strassen von winkenden Menschen umsäumt, als die päpstliche Limousine zum Genfer Rathaus fuhr, wo der Empfang zur Begegnung mit den eidgenössischen, kantonalen und städtischen Behörden organisiert wurde. Paps Paul führte bei dieser Gelegenheit aus,

er sei ein grosser Bewunderer und alter Freund der Schweiz.

Im Pfarrhaus der Bruder-Klausen-Kirche nahm der hohe Gast sodann mit dem Bischof von Lausanne, Genf und Freiburg, Mgr. Charrière, das Mittagessen ein. Nach einer kurzen Ruhepause empfing er um 16 Uhr Vertreter des schweizerischen Katholizismus.

Einen Höhepunkt des Tages bildete der Besuch des Papstes als erstes Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche am Sitz des Weltkirchenrates. Generalsekretär Carson Blake würdigte ihn als ein Zeichen für das Wachsen der ökumenischen Bewegung. Während der Papst den ökumenischen Rat als «eine bewundernswerte Bewegung» bezeichnete, lehnte er einen Beitritt Roms bis auf weiteres ab.

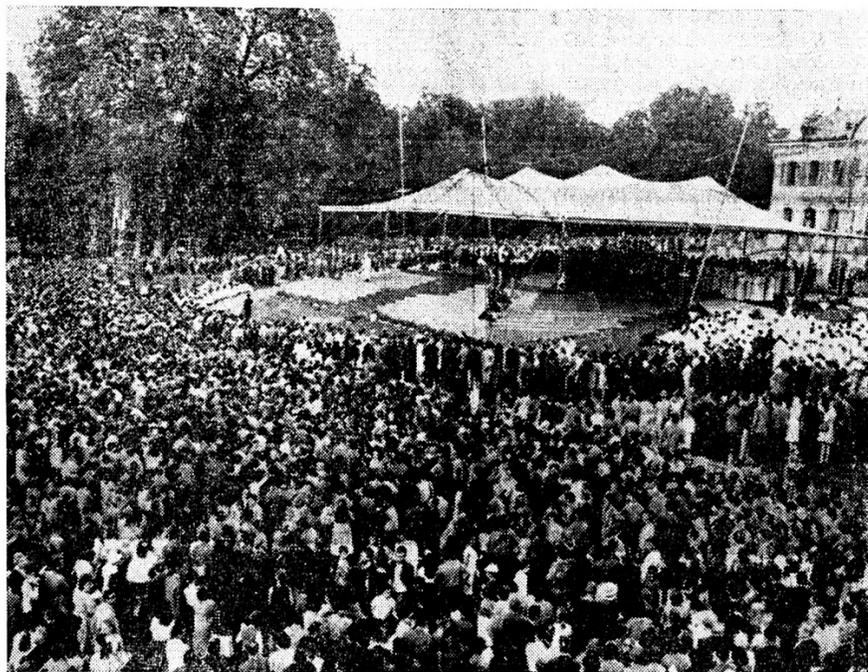
Das historische Treffen endete mit einem gemeinsam gesprochenen Vaterunser.

Hierauf zelebrierte Paul der VI. im Park La Grange in Anwesenheit von schätzungsweise 60 000 Personen unter Assistenz zweier Schweizer Bischöfe eine Messe. In seiner Homilie sprach er über die einander entgegengesetzten Kräfte Friede und Hass und ehrte den Heiligen

Niklaus von Flüe als einen Mann Gottes und Friedensstifter.

Eine Begegnung mit dem Kaiser von Aethiopien, Haile Selassie, am Sitz des Internationalen Arbeitsamtes beendete den Aufenthalt des Oberhauptes der katholischen Kirche in der Calvinstadt. Vor dem Abflug mit mehr als einstündiger Verspätung auf den Zeitplan um etwa 21.45 Uhr, wurde der Papst vom Bundespräsident von Moos und Bundeskanzler Huber verabschiedet.

Die umfassenden Sicherheitsvorkehrungen hatten sich bewährt; es kam zu keinerlei Zwischenfällen. Der militante nordirische Pfarrer Ian Paisley, der am Vorabend eingetroffen war, um «gegen den Verrat an der Reformation in der Stadt Calvins» zu protestieren, war vorsorglich wieder nach London abgeschoben worden.



Messe unter freiem Himmel

Nach dem Besuch am Sitz des Ökumenischen Rates begab sich der Papst am Dienstagabend mit seinem Gefolge an Bord der Jacht «Elma» auf das linke Seeufer zum Park «La Grange», wo er in Anwesenheit von 60 000 bis 70 000 Personen eine Messe unter freiem Himmel zelebrierte (unser Bild).

«Nun sind Wir bei Euch. Unser Name ist Petrus»

Die Ansprache vor dem Weltkirchenrat in Genf

«Aufgrund der wachsenden Zusammenarbeit in so vielfachen Bereichen gemeinsamer Anliegen erhebt sich nicht selten die Frage: Muss nicht die katholische Kirche Mitglied des Ökumenischen Rates der Kirchen werden? Wie möchten Wir im gegenwärtigen Augenblick diese Frage beantworten? Mit allem brüderlichen Freimut gesagt: Wir sind nicht der Meinung, dass die Frage der Zugehörigkeit der katholischen Kirche zum Ökumenischen Rat schon in dem Masse reif sei, dass man darauf eine positive Antwort geben könnte oder müsste. Die Frage bleibt noch im Bereich der Hypothese. Sie bringt verwickelte theologische und pastorale Probleme mit sich; infolgedessen sind noch vertiefte Studien erforderlich, und Wir werden auf einen Weg geführt, von dem Wir redlich zugeben müssen, dass er lang und schwierig sein könnte. Aber das hindert uns nicht, Ihnen zu versichern, dass Wir grosse Wertschätzung und tiefe Zuneigung Ihnen gegenüber empfinden. Der Wille, der Uns beseelt, und das Prinzip, das für uns wegleitend ist, werden stets voller Hoffnung und seelsorgerischen Realismus die Erstrebung der von Christus gewollten Einheit sein.»

Mit diesen Worten hat Papst Paul VI. am Dienstagabend im Ökumenischen Zentrum in Genf

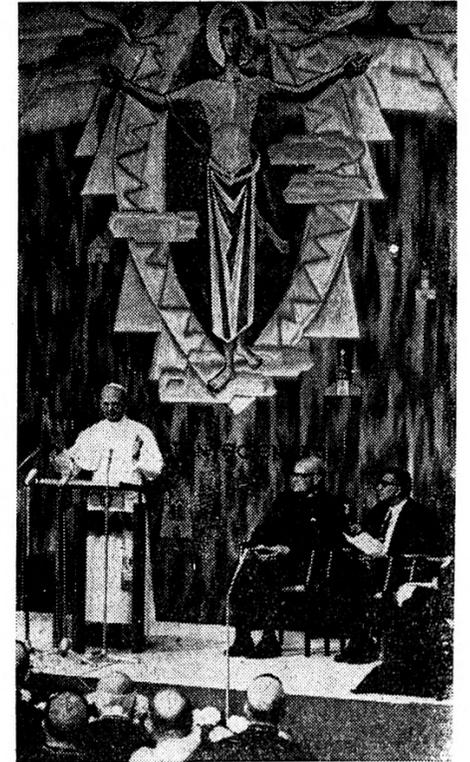
Pastor Eugen Carson Blake, Generalsekretär des Weltkirchenrates, auf die entscheidende Frage geantwortet, auf die die ganze christliche Welt gewartet hatte. Das Ereignis dieses Papstbesuches am Sitz des Weltkirchenrates war von grosser Feierlichkeit getragen und wickelte sich in Anwesenheit aller Vertreter und Würdenträger der christlichen Kirchen ab.

Für Pastor Blake, der das Oberhaupt der katholischen Kirche am neuen Sitz der Ökumeni-

Wille zu menschlicher Annäherung

Bundespräsident Ludwig von Moos spricht vor dem Papst

Im ehrwürdigen Genfer Rathaus erfolgte am Dienstag um die Mittagszeit die offizielle Begegnung von Papst Paul VI. mit einer vierköpfigen Delegation des Bundesrates und dem in corpore anwesenden Genfer Staatsrat. Der Papst wurde beim Einzug ins Rathaus an dessen Portal von Bundespräsident von Moos begrüsst, wobei drei Vertreter der Schweizer Garde in ihren malerischen Uniformen den Eingang des Gebäudes flankierten. Der Bundespräsident begleitete den hohen Gast in das Zimmer



Am Sitz des Ökumenischen Rates

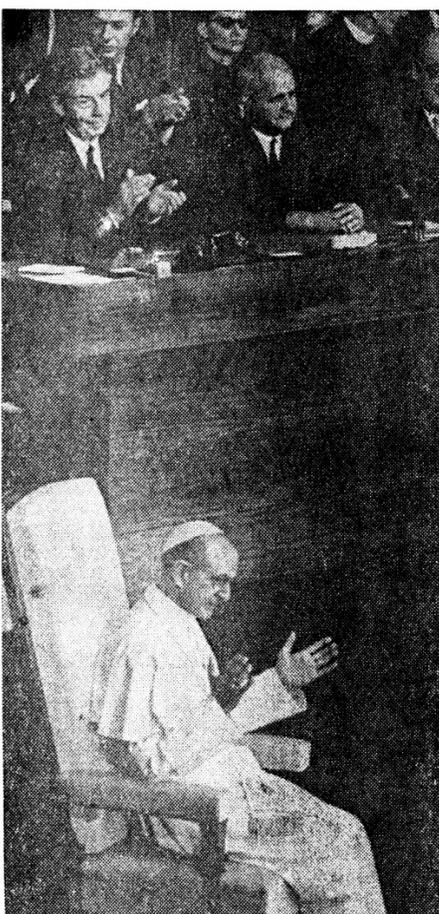
Als erstes Oberhaupt der katholischen Kirche besuchte Papst Paul VI. am Dienstagnachmittag in Genf das ökumenische Zentrum, den Sitz des Weltkirchenrates. Der vor 21 Jahren gegründete Organisation sind 235 anglikanische, protestantische und orthodoxe Kirchen angeschlossen. Unser Bild zeigt den Papst während seiner Rede.

schen Weltbewegung empfing, ist das brüderliche Treffen mit der Römischen Kirche nicht das Werk des Menschen, sondern des Heiligen Geistes, nicht die Einheit auf Kosten der Wahrheit, sondern gegenseitige Bereicherung. «Nun sind Wir bei Euch. Unser Name ist Petrus». Mit diesen Worten hatte Papst Paul VI. seine Rede eingeleitet, in der er vor allem die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns unter den christlichen Kirchen in allen Bereichen der menschlichen Bedingung und des Friedens unterstrich und die Fortschritte erwähnte, die auf dem Gebiet der Annäherung bereits gemacht worden sind.

Anonymer Spender

100 000 Dollars für die Leprakranken

Papst Paul VI. überreichte am Dienstag dem Weltkirchenrat einen Scheck in der Höhe von 100 000 Dollars (etwa 430 000 Franken) für die Joint Church Aid, welche diesen Betrag für die Hilfe an Leprakranken verwenden soll. In einem maschinengeschriebenen Begleitbrief heisst es, der anonyme Spender habe dem Wunsch Ausdruck verliehen, dass der Papst den Scheck während seines Besuches beim Ökumenischen Rat der Kirchen übergeben solle. Der Gönner habe ausgeführt, er hoffe, dass seine Tat die «Menschen guten Willens anderer Glaubensbekenntnisse zur Hilfe an den Leprakranken ermuntern werde».



Der Papst im UNO-Gebäude

In einer längeren Ansprache vor 1700 Delegierten der Internationalen Arbeitsorganisation im UNO-Gebäude in Genf rief Papst Paul VI. zu umfassender wirtschaftlicher Gerechtigkeit und zur Brüderlichkeit unter den Menschen auf.

schafter Jean Humbert, und von welscher Seite die vollzählige Regierung, der Generalstaatsanwalt und weitere Vertreter von Kanton und Stadt.

Bundesrat von Moos führte in seiner Ansprache u. a. aus:

«In Ihrer Person ehrt die Schweiz — selber ein Land verschiedener religiöser Bekenntnisse — den Oberhirten der katholischen Kirche, dem über den weltlichen Begriff eines Souveräns hinaus kraft seiner geistlichen Stellung eine Autorität zukommt, die dem geistigen Bereich angehört und damit staatliche und kontinentale Grenzen überschreitet.

Ihrem kurzen Aufenthalt in Genf kommt ein symbolischer Sinn zu. Mit den Leitern der internationalen Institutionen und den Behörden der Republik und Kanton Genf heisse ich als Vertreter der Eidgenossenschaft Sie in einer Angelegenheit und Tradition reichen Stadt willkommen: der Stadt Calvins, dem Geburtsort Rousseaus, der Heimat Henri Dunants, aber zugleich dem seinerzeitigen Sitz des Völkerbundes und heutigen lebendigen Zentrum zahlreicher bedeutender internationaler Organisationen und damit einer Stätte, die in ihrer ausstrahlenden Wirkung und geistigen Bedeutung die staatlichen Dimensionen der kleinen Schweiz sprengt und doch mit ganzem Herzen ihr zugehört. Die Schweiz zählt in Niklaus von Flüe einen erleuchteten Mann zu den Seinigen, der auch heute als lebendiges Beispiel der Gerechtigkeit und des Friedens gilt. Unser Volk und seine Behörden sind glücklich, dass die Schweiz wie dazu berufen erscheint, dem inneren und äusseren Verständnis zu dienen, die Werke des Friedens zu fördern und zur Beseitigung von Unrecht und Not, wo ihr dies möglich ist, beizutragen.

In Ihrer Anwesenheit in unserem Land und in dieser Stadt sehen wir daher eine tiefe Bedeutung. Sie besagt nicht, dass alle Verschiedenheiten, die das geistige und geschichtliche Antlitz vergangener Jahrhunderte bis in unsere Zeit geprägt haben, wie von selbst verschwinden werden. Aber sie deutet darauf hin, dass Schranken, die unübersteigbar schienen, nicht hindern dürfen, Wege zueinander zu suchen, und dass solche Wege beschritten werden können, wenn brüderlicher Geist und der Wille zu menschlicher Annäherung sie uns öffnen und wenn die Botschaft des Herrn, die eine Botschaft der Liebe und der Verantwortung zugleich ist, Gehör findet. Diese Botschaft im religiösen Bereich zu verkünden, ist das hohe Amt der Kirchen und ihrer Hirten. Sie darüber hinaus überall da aufleuchten zu lassen, wo geistige oder materielle Not herrscht oder gar Zwietracht und Hass das Haupt erheben, ist Ihr tiefes Anliegen. In aller Welt möchten die einzelnen Menschen im Frieden und in einer Atmosphäre leben, die ihnen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit erlaubt. Dafür wurden Organisationen geschaffen, die diesem tiefsten menschlichen Bedürfnis, dieser Sehnsucht der Herzen, entgegenkommen. Aber noch gibt es viel Missverständnis und manche Misslichkeiten und sogar die Zuflucht zur Gewalt: die Gräben aufreissen, die der Zivilisation tödliche Gefahr bringen und Menschen und Familien dem Elend, ihre Heimstätten dem Untergang aussetzen.

Alle diese Bemühungen und unsere Erwartungen werden ermutigt durch den Gedanken, dabei nicht allein zu stehen, sondern eine Bereitschaft zu gleichem Handeln vorzufinden bei Staatsmännern, die die Bedürfnisse und die Sehnsucht der Völker kennen, und bei Institutionen, die Wege gemeinsamen Wirkens für die auf zahlreichen Gebieten übereinstimmenden Ziele weisen. Der Heilige Stuhl und die Schweiz arbeiten in diesem Willen in manchem Bereich mit den Vereinten Nationen zusammen und wissen sich einig mit deren Zielen, zur Sicherung des Friedens beizutragen und der Not zu begegnen.» Das Wort ergriff sodann namens von Kanton und Republik Genf Regierungspräsident Duboule zu einem gediegenen Hinweis auf

das historische Ereignis des Papstbesuches

in Genf, wobei er auch eines früheren Papstbesuches von Martin V. nach dessen Rückkehr vom Konzil von Konstanz gedachte: «Soll man eine Vergangenheit verbergen, wo Rom und Genf füreinander Sinnbilder des Widerspruches waren? Warum darin nicht die Bestätigung eines neuen Geistes erblicken, das sichtbare Symbol eines neuen Zeitalters, wo die Menschen guten Willens, vor allem die Christen, leidenschaftlich für das einstehen, was sie einigt? Denn die Gegenwart erfordert inständig die Einheit der Geister, die Solidarität der Herzen und eine grosszügige Toleranz, wenn wir in menschenwürdiger Weise den Problemen begegnen wollen, die uns durch die vermehrten Kräfte der Wissenschaft gestellt sind, aber auch durch die Versuchung der Gewaltanwendung und



Eidgenossenschaft

Christlicher Metallarbeiterverband der Schweiz

Der Grosse Vorstand des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes der Schweiz (CMV) nahm in Luzern unter dem Vorsitz von Nationalrat Dr. A. Heil mit Befriedigung von den Werberesultaten in den ersten Monaten dieses Jahres Kenntnis. Ueber die Verhandlungsergebnisse in der Maschinen- und Metallindustrie im Zusammenhang mit der Erneuerung der Friedensvereinbarung entstand eine breite Diskussion. Der Vorstand genehmigte die Einberufung der Konferenz der Arbeiterkommissionsmitglieder auf den nächsten Samstag, an der über die neuerliche Unterzeichnung der Vereinbarung durch den CMV zu beschliessen sein wird.

In der Aussprache über die politischen Fragen macht der Christliche Metallarbeiterverband der neuen Ueberfremdungsinitiative zum Vorwurf, nicht nur am Ziel vorbeizuschliessen, sondern schwierigste Fragen aufzuwerfen und deren Lösung anderen zu überlassen. Das Fremdarbeiterproblem ist auch nach seiner Auffassung immer noch nicht gelöst, bedarf aber einer ungleich subtileren Behandlung, als sie ihm durch die Initianten widerfahren ist. Schliesslich befürwortet der Grosse Vorstand des CMV mit Nachdruck die Weitergeltung des heutigen Mieterschutzes, solange der in Vorbereitung stehende Kündigungsschutz im Mietvertragsrecht des OR nicht in Rechtskraft erwachsen ist. Darüber hinaus erwartet er eine behördliche Wohnbaupolitik, die darauf angelegt ist, dem Wohnungsmangel in den Agglomerationen und dem steigenden Mietpreisniveau wirksam zu begegnen.

Eine zweite Frau in der Leitung der christkatholischen Kirche der Schweiz

In Genf hat am 8. und 9. Juni 1969, unter Anwesenheit von Vertretern der anglikanischen, der orthodoxen, der reformierten und der römisch-katholischen Kirche, wie auch der Behörden von Stadt und Kanton Genf die 95. Nationalsynode der christkatholischen Kirche der Schweiz stattgefunden. Die Versammlung nahm die Jahresberichte des Herrn Bischof und des Synodalrates entgegen. Die ökumenische Bewegung unserer Zeit führt zu vielen Kontakten mit der reformierten und der römisch-katholischen Kirche. Eine besondere Kommission soll den Bau eines Jugendhauses vorbereiten. Das bestehende Studentenheim in Bern soll ein Teil eines kirchlichen Zentrums werden. Dem neu gefassten Katechismus wurde zugestimmt. Das Bistumsoffer bezeugte einmal mehr die grosse Opferfreudigkeit der Kirchengenossen und fällt dieses Jahr der Gemeinde Bern für die Renovation der Kirche zu. — In den nächsten zwei Jahren wird Pfarrer Franz Ackermann, Olten, die Leitung der Synode innehaben. — Frau Ruth Matter-Herzog (Grenchen), Prof. Pfarrer Dr. Kurt Stalder (Bern), Pfarrer Gottfried Konrad (Luzern) und Dr. Ing. Bernhard Gilg (Rifferswil), sind neu in den Synodalrat, der obersten Leitung der Kirche, gewählt worden.

Ch. P. D.

Beteiligung der Schweiz am Bau eines experimentellen Fernsehverteilsatelliten

Der Bundesrat hat den Chef des Politischen Departementes beauftragt, dem Generalsekretär der Europäischen Weltraumkonferenz (CSE) sowie dem Präsidenten der Europäischen Fernmeldesatelliten-Konferenz (CETS) mitzuteilen, dass die Schweiz grundsätzlich bereit ist, sich an der Verwirklichung eines europäischen, experimentellen Fernsehverteilsatelliten zu beteiligen. Dieser Entscheid bedarf noch der Zustimmung der eidgenössischen Räte. Die Durchführung

durch das noch immer übermächtige Elend.» Zum Schluss gedachte Präsident Duboule auch noch anderer Besuche kirchlicher Würdenträger in der Stadt Genf und ihres Sitzes des Weltkirchenrates, die alle dem Ideal der Verständigung und der Zusammenarbeit ergeben sind. Der Präsident des

Genfer Staatsrates,

Duboule, wertete den Besuch des Oberhauptes der römisch-katholischen Kirche in der Calvinstadt als Bestätigung eines neuen Geistes der Toleranz, den die Bewältigung der heutigen mannigfachen Probleme auf humane Art erfordert. Der Besuch des Papstes folge auf ähnliche Visiten hoher Würdenträger anderer Kirchen dank der Anwesenheit des Ökumenischen Rates in Genf.

In seiner Antwortadresse führte Paul VI. aus, er sei ein grosser Bewunderer und alter Freund der Schweiz. Seiner Ansicht nach seien das Prinzip der demokratischen Freiheit und die Betonung der Neutralität typisch für die schweizerische Lebensart. Unser Land sei dadurch zum Zufluchtsort des Friedens geworden und habe sich damit einen Rechtsanspruch erworben, Sitz mehrerer internationaler Organisationen zu sein. Anschliessend wurden

Geschenke ausgetauscht.

Der Papst erhielt vom Bundesrat ein stilisiertes lothringisches Kreuz aus vergoldeter Bronze, vom Kanton Genf eine im 18. Jahrhundert angefertigte silberne Uhr aus der Werkstatt des berühmten Uhrmachers Prevost. Ausserdem wurde ihm eine Schallplattensammlung mit vom verstorbenen Dirigenten Ernest Anserment interpretierten Werken überreicht.

rung des vorgeschlagenen Satellitenprojektes wird allerdings erst aktuell, wenn eine genügende Anzahl der CETS-Mitgliedstaaten eine ähnliche Absichtserklärung abgegeben haben wird.

Die Schweizer Armee am Vier-Tage-Marsch in Nijmegen

Für den 52. Internationalen Vier-Tage-Marsch in Nijmegen (Holland), der vom 15. bis 18. Juli stattfindet, wurden durch die Sektion für ausserdienstliche Tätigkeit im Stab der Gruppe für Ausbildung im EMD 607 Teilnehmer gemeldet, die sich in 44 Marschgruppen der Armee und je eine Gruppe des Rotkreuz- und des Frauenhilfsdienstes gliedern. Wie den Weisungen des neuen Chefs dieser Sektion, Oberst i. GSt. Hans Meister, zu entnehmen ist, haben drastische Sparmassnahmen in der holländischen Armee dazu geführt, dass es keinen Gratisaufenthalt mehr gibt, sondern pro Mann und Tag fünf holländische Gulden bezahlt werden müssen. Es gibt für das Schweizer Marschbataillon auch keine Unterkunft mehr in der Stadt Nijmegen. Unsere Wehrmänner haben, wie die grossen und kleinen Detachementen der zehn bis zwölf anderen am Marsch vertretenen Armeen, das grosse, für rund 8000 Mann vorbereitete Zeltlager ausserhalb der Stadt zu beziehen.

Schweizerische Angestelltenkammer nimmt Stellung zu Gegenwartsproblemen

In Zürich behandelte unter dem Vorsitz von H. Hartmann die Schweizerische Angestelltenkammer, «Parlament» der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände (VSA), den gegenwärtigen Stand der Diskussion um die kommende Bundesfinanzreform. Dr. Erich Schmid, Sekretär der VSA, fasste die Stellungnahme der Angestelltendachorganisation zusammen. Weder die Wehr- noch die Warenumsatzsteuer sollte in der Bundesverfassung zeitlich und dachlich begrenzt werden. Eine einseitige Mehrbelastung des Verbrauchs kann schon deshalb nicht in Frage kommen, weil bei der Verbrauchsbesteuerung auf die Gesamtheit aller Verbrauchssteuern und nicht nur auf die Warenumsatzsteuer abzustellen ist. Die VSA setzte sich für eine gewisse Mehrbelastung der hohen Einkommen zugunsten der mittleren Einkommen bei der Wehrsteuer für natürliche Personen ein. Auch sollte die kalte Progression ausgeschaltet und ein verbesserter Finanzausgleich an die Bedingung einer Vereinheitlichung der Steuerveranlagung und einer gewissen Steuerharmonisierung zwischen den Kantonen geknüpft werden. In bezug auf den Ausbau des Notenbankinstrumentariums wurde dem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben, dass eine vom volkswirtschaftlichen Standpunkt so wichtige Angelegenheit wie die Schaffung eines geld- und kreditpolitischen Instrumentariums privatrechtlich geregelt werden soll. Die erneute Verschiebung der Behandlung des Mieterschutzes wird als in höchstem Masse unbefriedigend erachtet. Sollte die Fassung des Ständerates durchdringen, könne allerdings kaum von einem Mieterschutz gesprochen werden.

Vereinfachung des Ehever kündverfahrens

Vom 6. bis 8. Juni 1969 fand in Zürich unter dem Vorsitz des Zentralpräsidenten E. Huwyler (Thun) die diesjährige ordentliche Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes der Zivilstandsbeamten statt. An dieser Tagung waren auch die schweizerische und die kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen vertreten. Hauptthema war die angestrebte Vereinfachung des Ehever kündverfahrens. Die Grösse des Kantons und der Stadt Zürich entboten Regierungsrat Dr. A. Bachmann und Stadtpräsident Dr. S. Widmer. Die Verhandlungen zeigten einmal mehr, dass wichtige Fragen des Zivilstandswesens im Dienst der Bevölkerung der Lösung harren.

Arbeitsgruppe für Produktionslenkung konstituiert

Der Schweizerische Bauernverband hat im Sinne der Vorschläge von alt Bundesrat Wahlen ein Koordinationsorgan für Fragen der Produktion und des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte geschaffen. Es trägt die Bezeichnung: Arbeitsgruppe für die Lenkung der landwirtschaftlichen Produktion. Den Vorsitz führt der Direktor des Bauernverbandes, Ing.-Agr. René Juri. Ständige Mitglieder der Arbeitsgruppe sind Vertreter der Behörden, der grossen Verbände, der Wissenschaft und der Betriebsberatung. An der konstituierenden Sitzung wurden die Aufgaben der Arbeitsgruppe wie folgt umschrieben: Die Arbeitsgruppe wird im Rahmen der gegebenen Zielsetzungen (Landwirtschaftsgesetz und Viertes Landwirtschaftsbericht) kurz- und mittelfristige Probleme der landwirtschaftlichen Produktionslenkung behandeln, «wobei insbesondere die Anpassung der Produktion an den Markt durch die Selbsthilfe der Landwirtschaft und geeignete Massnahmen des Bundes im Vordergrund stehen müssen.» Gegenwärtig sind es vorab Fragen der Milchwirtschaft, der Fleischproduktion und des Ackerbaus, die zur Diskussion stehen.

Neuer Zentralpräsident des Bundes für Naturschutz

Der Schweizerische Bund für Naturschutz, der 51 837 Mitglieder zählt, besitzt 49 Reservate im Ausmass von 15 Quadratkilometern und trägt zur Erhaltung von 74 andern schutzwürdigen Landschaften bei, die 550 Quadratkilometer um-

fassen. Die Schoggitaleraktion, welche 243 000 Franken einbrachte (Vorjahr 175 000) und zahlreiche Zuwendungen ermöglichten es 1968, die Launenhöhen zu schützen und neue Reservate bei Les Granges (Mündung der Rhone in den Genfersee), Töbel und beim Morgins-See (VS) zu schaffen. Im vergangenen Jahr konnten das Haus im Nationalpark von Zernez eingeweiht und dem Bundesrat das Inventar der schutzwürdigen Stätten übergeben werden. Die Wiederansiedlung des Bibers in der Schweiz wurde weitergeführt und neue Bemühungen betrafen den Gewässerschutz und die Erhaltung von lärmfreien Zonen in den Bergen.

An der 5. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Bundes für Naturschutz in Yverdon wurde am Samstag W. A. Plattner (St. Gallen) zum neuen Zentralpräsidenten gewählt. Er tritt an die Stelle des demissionierenden Nationalrates J. Bächtold (Bern), der zum Ehrenpräsidenten aufgerückt ist.

Zu den neuen Vorhaben des Bundes für Naturschutz gehören die Erhaltung der Schönheiten des Reusstales und die Organisation des «Europajahres für Naturschutz» im Jahre 1970 auf Ersuchen des Europarates.

«Swissaid» statt Schweizer Auslandhilfe

An ihrer Mitgliederversammlung vom 10. Juni in Bern beschloss die Schweizer Auslandhilfe ihren Namen in «Swissaid» abzuändern. Die neue Bezeichnung für diese Dachorganisation verschiedener Hilfswerke, die sich vor allem mit Projekten im weltweiten Kampf gegen den Hunger in Entwicklungsländern befassen, wirkt klar und unmissverständlich und kann zudem in allen Sprachgebieten verwendet werden.

Unter der Leitung des Präsidenten Dr. Walter Stutzer wurde neben der Erledigung der üblichen Traktanden die gemeinsame Aktion mit dem katholischen «Fastenopfer» und der reformierten Aktion «Brot für Brüder» besprochen. Zusammen mit den beiden konfessionellen Werken will die Swissaid im Herbst eine Aufklärungskampagne über Sinn und Zweck der Entwicklungshilfe starten. Dabei sollen die im allgemeinen noch dürftigen Kenntnisse über die «Dritte Welt» und deren wirtschaftliche, soziologische und kulturelle Probleme vertieft werden.

Beiträge an das Rote Kreuz

Aus dem Ständerat

Präsident Clavadetscher eröffnete die Dienstagssitzung im Ständerat mit Hinweisen auf den Papstbesuch. Er würdigte die Bedeutung dieses Besuches in Genf und begrüsste dessen Ziel, das einerseits in einer Aufwertung der Arbeiterschaft, andererseits in der Verständigung der kirchlichen Fraktionen untereinander bestehe. Anschliessend referierte Torche (Freiburg, k. chr.) zum Bundesbeschluss über die Beiträge an das Rote Kreuz. Im Namen der Kommission beantragte er Zustimmung zu der vom Nationalrat ergänzten Vorlage. Bundesrat Tschudi unterstrich, dass die Vorlage für die Ausbildung von Pflegepersonal stimulierend wirken könne. Er kündigte an, dass bald die Hilfe auch auf die Psychiatriepflege ausgedehnt werde. Er erklärte sich mit den Empfehlungen der Kommission einverstanden. Eintreten war nicht bestritten. In der Detailberatung wurde die Diskussion nicht benützt, und in der Abstimmung hiess der Rat den Bundesbeschluss mit 37:0 Stimmen gut.

Technische Verbesserungen im Parlamentsgebäude

Torche (Freiburg, k. chr.) erläuterte seinen Kollegen auch den Bundesbeschluss über technische Verbesserungen im Parlamentsgebäude. Mit einem Kostenaufwand von 2,02 Mio sollen die Parlamentsräume klimatisiert werden, die Lautsprecher- und Uebersetzungsanlagen und die Beleuchtung im Nationalratsaal verbessert werden. Schliesslich sollen die Telefonkabinen und Garderobenräume ventiliert und die sanitären Einrichtungen modernisiert werden.

Präsident Clavadetscher verlas dann den Antrag des Büros, auch im Ständerat die Simultanübersetzung einzuführen. Stucki (Glarus, dem.) und Borel (Genf, freis.) befürchteten von der Simultanübersetzung den Verlust des intimen Rahmens im Ständerat. Amstad (Nidwalden, k. chr.) und Choisy (Genf, lib.) bekämpften den Antrag ebenfalls. Präsident Clavadetscher verteidigte den Antrag des Büros. Hürlimann (Zug, k. chr.) möchte die Mehrsprachigkeit des Rates aus kulturpolitischen Gründen erhalten. Bolla (Tessin, freis.) wandte sich in italienischer Sprache an den Rat, und Vinzenz (Graubünden, k. chr.) bekämpfte den Antrag romanisch. — Bundesrat Tschudi verzichtete auf eine Stellungnahme. In der Abstimmung wurde der Antrag mit 0:37 Stimmen bei Enthaltungen verworfen. Anschliessend stimmte der Rat dem Bundesbeschluss in globo mit 39:0 Stimmen zu. Danach begründete Borel (Genf, freis.) ein Postulat, worin der Bundesrat eingeladen wird, die Arbeiten der eidgenössischen Expertenkommission für Fragen der wissenschaftlichen Dokumentation so zu erweitern und zu beschleunigen, dass die Entwicklung der Informatik in der Schweiz und ihre Anwendung in der Wissenschaft so rasch wie möglich gesichert werde. Bundesrat Tschudi bestätigte, dass sich die Bundesbehörden bereits mit dem Problem befassten. Die Computerspeicherung sei technisch jedoch noch nicht reif genug. Kein Land der Welt hätte deshalb eine solche Dokumentation eingeführt. Die Expertenkommission beabsichtige, die im Postulat enthaltenen Anregungen weiterzuverfolgen. In diesem Sinne sei der Bundesrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Der Rat überwiegt es oppositionslos.

